



Keupers

kritischer

Kommentar

12-03-2016

Dezember 2016

Wagenknecht stellt schon mal Bedingungen.

Der Bundestagswahlkampf hat noch gar nicht begonnen, da werden schon von den LINKEN Bedingungen gestellt, für eine eventuelle mögliche Regierungsbildung einer rot-grünen Regierungskoalition.

Natürlich kann man über mögliche Regierungsbündnisse sich schon einmal unterhalten, miteinander sprechen, sich schon mal gemeinsam Gedanken machen, wie es vielleicht nach der Wahl gegebenenfalls weitergehen könnte. Ob eine Regierungsbildung in einer anderen Konstellation wie die bisherige, möglich und sinnvoll wäre. Das ist demokratischer Brauch. Aber ohne ein Wählervotum abzuwarten, quasi jetzt schon Bedingungen zu stellen, zeugt eigentlich davon, dass man nicht miteinander sprechen, dass man sich nicht nach dem Wählervotum, auf Grund des Wahlergebnisses, über eine mögliche gemeinsame und von dem Wähler gewünschte Alternativlösung einer Regierungsbildung unterhalten will.

Frau Wagenknecht erklärte, laut Pressemeldung der Wirtschaftswoche, vom 16. Dezember 2016: „Unsere Botschaft an die SPD ist klar, die Grundrichtung ihrer Politik muss sich ändern, sonst können wir uns an keiner Regierung (mit der SPD) beteiligen“. Auch an die Grünen stellt sie die Forderung, in der Außenpolitik eine andere Richtung einzuschlagen. Von einer Kompromisshaltung, wie es eventuell in einer erfolgreichen Koalitionsverhandlung so üblich ist, ist keine Spur festzustellen. Für Frau Wagenknecht gibt es nur die Alternative: Die anderen möglichen größeren Koalitionspartner müssen der politischen Richtung, der politischen Sichtweise der Linken unisono folgen.

Hier zeigt sich der Einfluss der politischen Vorstellungen ihres Mentors und Ehegatten Oskar Lafontaine. Der will auf keinen Fall, aus verletzter Eitelkeit, eine Zusammenarbeit mit der SPD, will eine politische Fundamentalopposition wie bisher, will keine (Regierungs-)Verantwortung übernehmen.. Selbst wenn durch solche politische Einstellung die völkisch-nationale AfD an Macht dazu gewinnt, und diese für die Wählerinnen und Wähler als einzig mögliche Alternative angesehen werden könnte.

Gründung der Partei „Die Linke“ nutzte der CDU.

Doch was haben er und die ehemaligen SPD Genossinnen und Genossen, die wegen der Schröderschen Politik die SPD verlassen haben, eigentlich erreicht? Sie haben die Sozialdemokratie und den DGB geschwächt und die christlichen Konservativen entsprechend

gestärkt. Albrecht von Lucke, der Chefredakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, kommt in seinem Buch: „Die Schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken“, zu dem Ergebnis, dass die Bildung der Partei „Die Linke“, im Jahre 2005 dazu beigetragen hat, dass die CDU und die Kanzlerin Angela Merkel auf Dauer alternativlos regieren kann, da eine politische Konstellation ohne CDU nicht möglich erscheint, so lang „Die Linke“ eine Zusammenarbeit mit der SPD nicht akzeptieren will, nicht bereit ist, einen Kompromiss einzugehen. Wobei auch diese sich schwer tut, mit den ehemaligen Dissidenten zusammenzuarbeiten.

Dieses erinnert an die unüberbrückbaren Zwistigkeiten zwischen Sozialdemokraten und den Kommunisten in der Weimarer-Zeit. Vielleicht hätte eine Kooperation der linken Kräfte damals die Machtergreifung Hitlers verhindern können.

Auch jetzt droht die Republik nach rechts abzudriften. Und es gibt genügend Stimmen, die behaupten, der aktuelle Zuspruch für die Völkisch-Nationalen beruhe zum großen Teil an dem Fehlverhalten der linken Parteien in Deutschland, an dem Fehlen einer plausiblen Alternative zur alternativlosen Politik der CDU, zur alternativlosen Politik „unser aller Kanzlerin“.

Es ist also das Versagen der linken Parteien im Lande, welche nicht bereit sind zur eigenen Regierungsalternative. Es fehlt für die Wählerinnen und Wähler eine Möglichkeit zur Auswahl einer echten regierungsfähigen Alternative. Droht uns wie in Österreich eine alternativlose Große Koalition? Doch damit fehlt der Demokratie ein erforderlicher Gegensatz von Regierung und jederzeit ablösungsfähiger Opposition.

Albrecht von Lucke schreibt ins seinem oben angeführtem Buch: „Wohin treibt die Republik. Etabliert sich (auf Dauer) eine schwarze Republik mit immer stärker werdenden rechtspopulistischen Rändern? Oder erleben wir doch noch die Renaissance einer linken politischen Alternative?“

Linke Politik muss wieder durchsetzungsfähig werden.

Wir, die linksorientierten Politiker müssen erkennen, dass wir nicht mehr viel Zeit haben eine neue, eine andere sozialere Politik zu gestalten. Darum sind die Gespräche zwischen den parlamentarisch linken Parteien, wie sie neulich stattfanden, zu begrüßen und dringend erforderlich, damit die Wählerinnen und Wähler bei der kommenden Bundestagswahl wieder eine Alternative haben und entsprechend eine Wahlentscheidung treffen können. Auch die Aussage führender Sozialdemokraten, aber auch von dem scheidenden Parlamentspräsidenten Dr. Norbert Lammert (CDU), in der nächsten Legislaturperiode keine „Groko“ mehr anzustreben, geht in die richtige Richtung. Und auch die Vorstellungen unserer SPD-Sozialministerin Andrea Nahles, sei es in der Rentenpolitik, sei es hinsichtlich Arbeit 4.0, oder ihre Aussagen im Armuts- und Reichtumsbericht, in welchem sie vor einer „Refeudalisierung“ warnt, signalisiert ein angestrebtes neues politisches Sozialdenken, wobei jeder erfahrene Kommunalpolitiker weiß, dass politische Veränderungen nicht mit der Durchsetzung radikaler Forderungen, sondern immer nur mit einer Folge von kleineren Revisionen zu erreichen sind. Nicht ein großer Schritt, sondern viele kleine „Trippelschritte“ sind das Rezept für politisch gewollte Veränderungen.

Die SPD will Veränderungen, da sie erkannt hat, dass der globale Neoliberalismus gescheitert ist, dass der sogenannte freie Markt eben sich nicht selbst regeln kann, da er Er-

folge für sich propagiert, die gleichzeitig auftretenden negativen Nebenwirkungen jedoch leugnet, respektive nicht sehen will. Wir brauchen, das haben die letzten Jahre gezeigt, für eine bessere Zukunft im Lande, für den Erhalt einer funktionierenden sozialen Demokratie eine Alternative zur schwarzen Republik, wir brauchen ein gemeinsames Handeln der linken Kräfte in unserem Land, wir bräuchten eine rot-grün-rote Regierungskoalition.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 26. 12. 2016

Heinrich Keuper